

Kriegsdienst oder Gefängnis

von fnp

Wer in Südkorea nicht zum Militär geht, dem drohen Haftstrafen und gesellschaftliche Diskriminierung. Darauf will ein Infoabend in Groß-Gerau aufmerksam machen.

Kreis Groß-Gerau. Das evangelische Dekanat Groß-Gerau, der Korea-Partnerschaftsausschuss in der Propstei Rhein-Main und das Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) laden für morgen, Dienstag, 20 Uhr, zu einer Veranstaltung zum Thema „Kriegsdienstverweigerung in Südkorea“ in das Gemeindehaus der Stadtkirche Groß-Gerau, Kirchstraße 11, ein.

Myungjin Moon wird über seine Erfahrungen als Kriegsdienstverweigerer in Südkorea berichten und Hintergründe aufzeigen. Yeo-ok Yang wird verdeutlichen, wie der Kriegszustand in Korea und die Teilung des Landes zur Militarisierung benutzt werden, welche Aktivitäten es von der Friedensbewegung in Südkorea gibt und wie sich die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer entwickelt hat.

Seit Anfang der 1980er Jahre gibt es Kontakte zwischen der presbyterianischen Kirche in der Republik Korea und der EKHN. Pfarrer Wolfgang Prawitz, neuer Vorsitzender des Partnerschaftsausschusses, betont: „Wir können unseren Bemühungen um den Frieden in der ganzen Welt nur näher kommen, wenn sich immer mehr Menschen weigern, Krieg und Gewalt gegen Andere auszuüben.“

Etwa 700 Kriegsdienstverweigerer seien derzeit in Südkorea in Haft. Die seit Ende des Koreakrieges 1953 bestehenden Spannungen mit Nordkorea benutze die südkoreanische Regierung, um ein striktes Militärsystem aufrecht zu erhalten. Das Land hält bei 50 Millionen Einwohnern eine Armee von 685 000 Männern und Frauen und hat damit die fünftgrößte Armee der Welt. Alle Männer sind wehrpflichtig. Die Dauer des Militärdienstes beträgt 21 bis 24 Monate. Es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Menschen, welche die Militarisierung in Korea in Frage stellen, zahlen einen hohen Preis. So werden Kriegsdienstverweigerer in aller Regel zu 18 Monaten Haft verurteilt und in der Gesellschaft diskriminiert. Erst seit dem Entstehen einer politischen Kriegsdienstverweigererbewegung im Jahr 2000 und den ersten öffentlichen Verweigerungen zeichnen sich Veränderungen ab. Es gab wichtige Entscheidungen des Menschenrechtskomitees der Vereinten Nationen, mit denen Südkorea aufgefordert wurde, die Kriegsdienstverweigerung zu legalisieren.

(fnp)

Artikel vom 20.04.2015, 03:00 Uhr (letzte Änderung 20.04.2015, 02:49 Uhr)

Artikel: http://www.fnp.de/lokales/kreise_of_gross-gerau/Kriegsdienst-oder-Gefaengnis;art688,1362941

© 2015 Frankfurter Neue Presse